

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24  
 4509 Solothurn  
 Telefon 032 627 20 79  
 Telefax 032 627 22 69  
 pd@sk.so.ch  
 www.parlament.so.ch

AD 197/2013 (DBK)

**Dringlicher Auftrag Roberto Conti (SVP, Solothurn): Stopp integrative Schule und spezielle Förderung (13.11.2013)**

Der Regierungsrat wird beauftragt, auf die beabsichtigte, flächendeckende Einführung des Schulversuchs „Spezielle Förderung“ ganz zu verzichten. Die solothurnischen Schulen sollen wieder zum ursprünglichen, separativen Modell mit Kleinklassen zurückkehren. Demzufolge ist auch auf die geplanten regionalen Kleinklassen zu verzichten. Diese Massnahme ist in den Massnahmenplan 2014 aufzunehmen.

*Begründung (13.11.2013): schriftlich.*

Ausgangslage: Der Kantonsrat hat an seiner Sitzung vom 15.12.2010 mit grossem Mehr die Änderungen der Vollzugsverordnung des Volksschulgesetzes mit dem Veto belegt und dadurch den ordentlichen Gesetzesvollzug blockiert. Es wurde generell gefordert, dass bezüglich Einführung der speziellen Förderung verschiedene Eckwerte der Einführung weiter zu präzisieren seien. Daher hat die Regierung mit dem „Schulversuch Spezielle Förderung 2011-2014“ den Schulträgern die Möglichkeit gegeben, innerhalb dieser Frist Erfahrungen zu sammeln.

Eine Projektorganisation, bestehend aus dem VSEG, VSL-SO, LSO und der kantonalen Verwaltung hat mit externer Projektleitung (mit wissenschaftlicher Evaluation) in einem umfassenden Schlussbericht die Ergebnisse aus diesen 3 Jahren Schulversuch am 5. Juni 2013 vorgestellt. Der Regierungsrat hat daraufhin die flächendeckende Umsetzung per 01.08.2014, mit einer dreijährigen Übergangsfrist der altrechtlichen Klassen, beschlossen. Die Erarbeitung der rechtlichen Grundlagen ist im Gange.

Die Hauptargumente für einen Abbruch der speziellen Förderung sind die sinkende Bildungsqualität, die zunehmende Überforderung aller Beteiligten sowie die Kosten. Diese Argumente werden in den folgenden Ausführungen erklärt.

„Integrieren ist mit einer Schule, die Leistung und Selektion gross schreibt, kaum zu vereinbaren.“ So ein Zitat des Solothurner Kinderarztes und Fachbuchautors Thomas Baumann. Ein Indiz dafür ist für ihn, dass bereits jedes zweite Kind speziell gefördert werde. „Vieles, was früher als normal galt, wird heute pathologisiert.“ Im gemeinsam mit dem Zuger Kinderarzt Romedius Alber verfassten Fachbuch „Schulschwierigkeiten: störungsgerechte Abklärung pädiatrischer Praxis“ wird von einem „Therapiewahn“ an Schweizer Schulen gesprochen. Das Umfeld – Kinderarzt Baumann will hier gar nicht bestimmten Akteuren die Schuld zuschieben – habe zur Folge, dass Diagnosen wie etwa ADHS (Aufmerksamkeits-/Hyperaktivitätsstörung), Asperger als Teil des Autismusspektrums, Wahrnehmungsstörungen oder motorische Störungen fleissig erstellt würden. Einer näheren Überprüfung hielten dann aber viele der Diagnosen nicht stand, weiss Baumann. Mittlerweile sei ein „Therapiemarkt“ herangewachsen, und es funktioniere an Schulen wie im Gesundheitsmarkt: „Wo ein Angebot besteht, wächst auch die Nachfrage.“ Hier hakt Pichard (Bieler Oberstufenlehrer), der für die Grünliberalen im Bieler Stadtparlament sitzt, ein: In etlichen Lehrerzimmern Sorge schon die ungleiche Belastung für Missstimmung: „Während die Klassenlehrer überall dabei sind, sind es Heilpädagogen nur punktuell.“ Die Betreuung einer Klasse sei anstrengender als jene eines einzelnen Kindes. Darum wollten immer mehr Spezialisten werden und immer weniger Klassenlehrer sein. Nun setze sich dieses Spezialistenheer verständlicherweise auch für seine Arbeitsstellen ein.

Immer mehr Kinder werden speziell gefördert an der Berner Volksschule, zeigt eine interne Studie. Die Übersicht, wer was und von wem erhält, ging darüber verloren, und die Kosten stiegen markant an. Die Zahl der Autisten-Fälle sind im Kanton Bern in der Volksschule innert 5 Jahren um das 47-fache gestiegen, rund 95% betreffen das Asperger-Syndrom. Im Kanton Bern gibt es trotz der Integration so viele Sonderschüler wie nie zuvor. Die alarmierenden Zustände sind auch bei Regierungsrat Bernhard Pulver angekommen. Auch Erwin Sommer, Leiter des Kindergarten- und Volksschulamts macht sich Sorgen: „Wir müssen schauen, dass uns die Lehrerinnen und Lehrer nicht ausbrennen“, sagt er.

Sogar Christoph Eymann, Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz äussert grosse Kritik an der integrativen Schule. Er bezeichnet die integrative Schule als grosse Baustelle und zweifelt daran, dass die Ziele ohne grosse weitere personelle Ressourcen erreicht werden können. Er räumt ein, dass seitens der Lehrerschaft vehemente Kritik am Modell geübt werde. Basels SP Grossrat und Mitglied der Bildungskommission Lüchinger kritisiert, dass die Probleme von der Politik bislang relativiert worden seien. Zudem müsse ein Umdenken rasch erfolgen. Diese Erkenntnisse gelten auch für unseren Kanton. Solche Überlegungen scheint man sich jedoch seitens der Hauptverantwortlichen bisher nicht zu machen. Immerhin ist den Ergebnissen der erwähnten externen Evaluation zu entnehmen, dass in folgenden Bereichen Unsicherheiten und zum Teil grosser Entwicklungsbedarf besteht:

- Klärung der Zuständigkeiten
- Komplexität der Förderstufen
- Berücksichtigung von Verhaltensstörungen
- zeitliche Ressourcen für die Zusammenarbeit in den Klassen und Reduktion des administrativen Aufwandes
- zusätzliche Belastung von Lehrpersonen

Detailliertere Kritik kann dem Bericht entnommen werden.

Das ändert aber nichts daran, dass die Umsetzung zwangsverordnet werden soll. Eine fahrlässige, ja verantwortungslose Politik.

Bei mindestens der Hälfte (Tendenz steigend) der Lehrerschaft besteht in unserem Kanton eine geringe Akzeptanz der integrativen Schulung. Das Unterrichten unter diesen weitherum chaotischen Umständen in Schulzimmern wird ausserordentlich erschwert, wenn nicht sogar verunmöglicht. Der grosse administrative Aufwand sei an dieser Stelle auch noch erwähnt. „Ich möchte endlich wieder ungestört unterrichten können, es hat schon früher immer bessere und schlechtere Schüler gegeben“, so äusserte sich mir gegenüber kürzlich ein Primarlehrer. Diese unhaltbaren Zustände sprechen sich auch bei potentiellen zukünftigen Lehrpersonen (vor allem Männern!) herum. Wer möchte unter solchen Umständen noch unterrichten? Die Bildungsqualität wird jedoch nur im Schulzimmer durch die Lehrpersonen erreicht. Der Lernerfolg und damit auch die Bildungsqualität werden durch das integrative Modell zwangsläufig sinken. Die zunehmende Zahl von Krankheitsbildern von Kindern sowie von neuen Formen von Lernschwächen hat eine Eigendynamik erreicht, die von einer sich selbst definierenden Gruppe im heilpädagogischen Bereich selbstherrlich gefördert wird. Der Nutzen dieser Art spezieller Förderung ist bescheiden, das Ganze ist für den Kanton und die Gemeinden unbezahlbar. Es mutet komisch an, dass der Kanton im Rahmen des integrativen Modells wieder separiert und regionale Kleinklassen bilden und für jährlich 5,4 Mio. CHF finanzieren will. Ausgerechnet bei der Förderung der Begabten will man „vorläufig“ auf Förderlektionen verzichten. Will heissen: Das kann ja der Klassenlehrer machen. Später wird dann schon gefördert werden.

Fazit: Das Modell der Speziellen Förderung kann nie und nimmer einhalten, was es verspricht. Der absolute Zwang zur Umsetzung dieser speziellen Förderung und integrativen Schule wird unser Bildungswesen qualitativ und finanziell an die Wand fahren. Die Zeit zum Umdenken ist jetzt gekommen. Wenn nicht jetzt, so ist es zu spät.

*Unterschriften:* 1. Roberto Conti, 2. Beat Künzli, 3. Claudia Fluri, Johannes Brons, Hugo Schumacher, Colette Adam, Beat Blaser, Leonz Walker, Albert Studer, Manfred Küng, Fritz Lehmann, Tobias Fischer, Thomas Eberhard, Walter Gurtner, Christian Imark, Silvio Jeker, Hansjörg Stoll, Rolf Sommer (18)